

Postulat Christian Michel (JUSO): Bern braucht ein „Anquatschstübli“

Wer kennt sie nicht, die Anquatscher? Sie tauchen aus dem Nichts auf, oder aber sie fixieren ihre Opfer schon von weitem. Sie scheinen ausgefeilte Taktiken und Strategien zu haben. Sie halten sich vornehmlich an Orten mit hohem Personenaufkommen auf, insbesondere im Grossraum des Bahnhofes. Sie bieten ihren Opfern allerhand an: Telefonverträge, Versicherungspolice, Kreditkartenanträge, Direkt-Zahlungs-LSV-Spenden-Formulare, Wettbewerbstationen, Gratis-Bonbons, Gratis-Teebeutel und Gratis-Allerleisonstnoch.

Die Anquatscher kommen für ihre Opfer selten gelegen. Man oder frau will auf den Zug, eine neue Zeitung kaufen oder trifft sich zum Rendez-vous. Selten trifft die angebotene Ware denn auch gleich die Wünsche der Opfer. Dieser Umstand ist den Anquatschern aber wohlbekannt, hindert sie aber keinesfalls an ihrem Tun. Äusserst selten lassen sie sich mit einer einfachen Bemerkung oder Ausrede abschütteln. Die Ausreden kennen sie nämlich schon längst auswendig.

Ich kenne niemanden, der die Anquatscher mag. Auch niemanden, der sie vermissen würde. Und dennoch sind sie da. Dennoch haben sie ihre Daseinsberechtigung, dennoch sind sie ein Teil unserer Gesellschaft. Ich fordere darum den Gemeinderat auf, diesen Anquatschern einen Zufluchtsort zu schaffen, damit sie von jenen Orten vertrieben werden können, wo sie die Allgemeinheit stören.

Ich bitte den Gemeinderat der Stadt Bern um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mögen die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen die Anquatscher?
2. Haben sich die Gemeinderäte und Gemeinderätinnen sich schon mal anquatschen lassen?
3. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass die Anquatscher ein lästiges Übel unserer Gesellschaft sind und dass sie im öffentlichen Raum stören?

Gleichzeitig bitte ich den Gemeinderat zu prüfen, ob durch die Einrichtung eines „Anquatschstübli“ ein Zufluchtsort für diese Anquatscher geschaffen werden könnte.

Bern, 2. Dezember 2004

Postulat Christian Michel (JUSO), Beat Zobrist, Hans Peter Aeberhard, Liselotte Lüscher, Conradin Conzetti, Erich Ryter, German Kalbermatten, Peter Friedli, Béatrice Stucki, Catherine Weber, Markus Blatter

Antwort des Gemeinderats

Zusammen reden ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren des Staats. Und geredet wird eben nicht nur im Parla(re)ment, sondern auch auf der Strasse. Der staats- und gesellschaftstragenden Bedeutung des Redens entsprechend, hat sich der Gemeinderat mit dem Vorstoss auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass er sich grundsätzlich gerne ansprechen lässt und dass der Vorschlag, ein sog. Anquatschstübli einzurichten, möglicherweise nicht ganz ernst gemeint war.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 1. Juni 2005

Der Gemeinderat